

# Antrag



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter  
Rathaus  
80331 München

München, 19.05.2022

## **Platz schaffen für Sozialbedürftige und Kriegsflüchtlinge – Wirtschaftsflüchtlinge zeitnah zurückführen**

### **Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister fordert die Bundesregierung und Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen und gleichzeitig entschieden die zeitnahe Rückführung aller vollziehbar ausreisepflichtiger Migranten durchzusetzen.

### **Begründung:**

Im Zuge des Kriegs in der Ukraine sieht sich Deutschland, Bayern und seine Kommunen mit der Versorgung einer neuen Flüchtlingswelle konfrontiert. Damit einher gehen eine immense logistische und finanzielle Belastung der öffentlichen Hand sowie der Steuerzahler.

Gleichzeitig mangelt es an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für die Kriegsflüchtlinge, nicht zuletzt auch, weil Einrichtungen und Wohnungen durch Wirtschaftsflüchtlinge und ausreisepflichtige Migranten belegt sind.

Selbst unter die vor dem Konflikt in der Ukraine Flüchtenden, mischen sich laut Zeitungsberichten zahlreiche ökonomisch motivierte Migranten. So berichtete etwa eine Dolmetscherin vor kurzem, in einem mittlerweile um die entsprechenden Passagen „gekürzten“ (jedoch immer noch über das sogenannte Internet Archiv der „Wayback-Machine“ vollständig abrufbaren) Artikel der Münchner Abendzeitung (Titel: *Bericht aus der Flüchtlingsunterkunft in Riem: "Es gibt zwei Stockwerke. Unten ist die Hölle los"*), dass laut Ansicht vieler Ihrer Kollegen, die Mehrheit der zu diesem Zeitpunkt in der Messe Riem untergebrachten Sinti und Roma, nicht vor dem Krieg fliehen würden, sondern wegen des Geldes. Immerhin bekämen Geflüchtete hierzulande soziale Leistungen, die im Vergleich zur Ukraine erheblich sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig und angebracht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen und gleichzeitig entschieden die zeitnahe Rückführung aller vollziehbar ausreisepflichtiger Migranten durchzusetzen. Dies liegt jedoch nicht in der Macht der Kommunen, obwohl insbesondere die Kommunen die sozialen und logistischen Lasten der Fluchtbewegungen zu stemmen haben. Dementsprechend sollte der Oberbürgermeister umgehend einen entsprechenden Aufruf zum Handeln an die Bundesregierung und Landesregierung formulieren, um gleichermaßen die Interessen echter Flüchtlinge und jener Münchner Bürger, die selbst dringend auf soziale Unterstützung angewiesen sind, zu schützen.

### **Initiative:**

Iris Wassill  
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn  
ea. Stadtrat

Daniel Stanke  
ea. Stadtrat